Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4444

27. 04. 89

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zur künftigen Regierungsarbeit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Bundeskanzler und die Bundesregierung haben das Vertrauen des deutschen Volkes verloren. Ihre Politik ist gescheitert. Die heutige Regierungserklärung hat das ganze Ausmaß der Hilf- und Ratlosigkeit der Bundesregierung deutlich gemacht.

II. Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine neue Politik und eine andere Regierung. Neue Politik muß sich insbesondere an folgenden Richtlinien orientieren:

1. Weiterer Abbau der wechselseitigen Feindbilder im Ost-West-Verhältnis. Friedlicher Wettbewerb und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme. Sicherung der individuellen und sozialen Menschenrechte.

2. Entmilitarisierung der Beziehungen zwischen den Bündnissen. Dynamisierung des Abrüstungsprozesses bis hin zu einem Zustand, der bei drastisch reduziertem Gesamtniveau volle Verteidigungsfähigkeit mit der Unfähigkeit zum raumgreifenden Angriff verbindet. Keine neuen Atomraketen. Umstrukturierung der Bundeswehr unter Anpassung der Präsenzstärke an die verminderte Bedrohung. Keine Verlängerung der Wehrdienstzeit. Einstellung der Tiefflüge über der Bundesrepublik Deutschland.

3. Umlenkung der Ressourcen, die weltweit noch immer für unmäßige Rüstungen verschwendet werden, auf die Bewältigung der Herausforderungen, die die Menschheit insgesamt bedrohen, insbesondere auf die Abwendung der Klimakatastrophe und die Überwindung des sich verschärfenden Nord-Süd-Gefälles.

4. Überwindung der Teilung Europas und damit auch der deutschen Teilung und der Teilung Berlins durch eine europäische Friedensordnung, die den Grenzen das Trennende nimmt und die Menschenrechte sichert. Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union als Teilbereich des Gemeinsamen Europäischen Hauses.

5. Humane, ökologische und ökonomische Optimierung unseres Sozialprodukts und zu diesem Zweck auch unserer technologischen Entwicklung und unserer Produktionsverfahren. Hilfe für mittlere und kleinere Unternehmen. Fortschreitende Demokratisierung. Breite Bürgerbeteiligung – auch vor wissenschaftlich-technologischen Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.

6. Zügiger Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft. Sofortiger Baustopp für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Endgültiger Verzicht auf Kalkar und Hamm-Uentrop. Erhaltung der nationalen Kohlebasis. Konsequente Absenkung des Energieverbrauchs, vor allem durch sparsamen Umgang mit der Energie und durch Steigerung des Wirkungsgrades. Förderung alternativer Energien. Lösung der Entsorgungsfrage.

7. Ökologische Weiterentwicklung unseres Steuersystems. Gewinnung zusätzlicher öffentlicher Mittel insbesondere durch
   - Korrektur der ungerechten Steuergeschenke an die Bezieher hoher und höchster Einkommen,
   - sofortigen Stopp der Wiederaufarbeitungsanlage und
   - sofortige Beendigung unserer Beteiligung am Bau des Jäger 90.

8. Konzentration unseres nationalen Potentials auf die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, die Überwindung der Wohnungsnot, die Beseitigung sozialen Unrechts und die Hilfe für die Schwächeren.

9. Sicherung und Weiterentwicklung unserer Sozialsysteme. Einheitliches Kindergeld für alle Kinder in Höhe von mindestens 200 DM unter
   - Beseitigung aller einkommensbezogenen Sonderregelungen und
   - Reform des Ehegattensplittings zugunsten der Familien mit Kindern.

10. Quantitative und qualitative Steigerung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Demokratisierung ihrer Selbstverwaltung.

11. Eingliederung der Ausländer, anerkannten Asylbewerber und Aussiedler durch eine Politik der sozialen Integration. Keine Änderung des Grundgesetzes. Kommunales Wahlrecht. Eintreten für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Deutschstämmigen in ihren Heimatländern. Heimführung abgelehnter Asylbewerber, denen in ihren Herkunftsländern keine Gefahren drohen.

12. Konsequente Gleichstellung von Männern und Frauen unter anderem durch verstärkte Frauenförderung.

III. Der Deutsche Bundestag lehnt alle Vorhaben und Maßnahmen ab, die diesen Richtlinien widersprechen. Das gilt bei-

spielsweise auch für die Wahrnehmung des Amtes des Sprechers der Bundesregierung durch einen Bundesminister, für die geplante Beteiligung von Daimler-Benz an Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) oder für den Zwangsumtausch für polnische Staatsangehörige, die in die Bundesrepublik Deutschland einreisen wollen.

Wir fordern im Einklang mit diesen Richtlinien über die Abschaffung der Quellensteuer hinaus die Verzehnfachung des Sparerfreibetrages und ein unbürokratisches und bürgerfreundliches Mitteilungsverfahren.

Bonn, den 27. April 1989

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333